

**Antrag 84/I/2023****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Unserer politischen Verantwortung für afghanische Studentinnen gerecht werden - umfassende Schaffung von Perspektiven jetzt**

- 1 Wir fordern von der Bundesregierung:
- 2 1. Die Aufsetzung eines umfassenden, langfristig ge-
- 3 dachten Online- Stipendiumprogramms in Zusam-
- 4 menarbeit mit deutschen Universitäten und af-
- 5 ghanischen Diaspora-Organisationen für afghani-
- 6 sche Studentinnen mit der Perspektive auf Einreise
- 7 und langfristigem Arbeits- und Aufenthaltsrecht in
- 8 Deutschland, sobald und sofern möglich.
- 9 2. Oberste Priorität bei der Planung muss die Verfol-
- 10 gung eines konsequenten „Do No Harm“ Ansatz-
- 11 zes sein: Sicherheit und Schutz der Empfängerinnen
- 12 und ihres Umfelds sein, z.B. durch die Bereitstellung
- 13 von Laptops, VPNs und End-to-End Verschlüsselung.
- 14 3. Eine frühzeitige Anpassung und Flexibilisierung der
- 15 bürokratischen Prozesse und Voraussetzungen für
- 16 die Einreise und den langfristigen Aufenthalt afgha-
- 17 nischer Studenten in Deutschland, z. B. durch die
- 18 Anerkennung abgelaufener Pässe, Etablierung von
- 19 intensiv-Deutschkursen (sowohl online vor und vor
- 20 Ort nach Einreise) Zwischenprüfungen und weite-
- 21 ren Qualifikationen.
- 22 4. Die Schaffung niedrigschwelliger und umfassender
- 23 Ankunfts- und Integrationsangebote, wie das Ange-
- 24 bot passender Praktika, Traineeships und Einstiegs-
- 25 stellen mit langfristiger Anschlussperspektive so-
- 26 wie engmaschige Betreuung beginnend direkt nach
- 27 Ankunft.
- 28 5. Prüfung der besseren finanziellen und politischen
- 29 Förderung bereits existierender Initiativen wie das
- 30 Projekt des World University Service, welches von af-
- 31 ghanischen Dozent\*innen entwickelte online-Kurse
- 32 in Afghanistan anbieten will; nach Möglichkeit Ver-
- 33 knüpfung mit breiterem Stipendiums- und Aufnah-
- 34 meprogramm.
- 35 6. Das Hinwirken, dass die 5.000 durch das BMZ fi-
- 36 nanzierte DAAD-Stipendien auch mit einer berufli-
- 37 chen Perspektive in den Gastländern verknüpft sind
- 38 – Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nach Erhalt des
- 39 Abschlusses sollte garantiert sein. Die Abschlüsse
- 40 sollten automatisch auch in Deutschland anerkannt
- 41 werden.
- 42 7. Einsatz innerhalb der EU, ähnliche Programme für
- 43 den gesamten Schengenraum zu entwickeln.
- 44
- 45

**46 Begründung****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern von der Bundesregierung:

1. Die Aufsetzung eines umfassenden, langfristig ge-
- dachten Online- Stipendiumprogramms in Zusam-
- menarbeit mit deutschen Universitäten und Orga-
- nisationen mit persönlichem Bezug zu Afghanistan
- (Diaspora) für afghanische Studentinnen mit der
- Perspektive auf Einreise und langfristigem Arbeits-
- und Aufenthaltsrecht in Deutschland, sobald und
- sofern möglich.
2. Oberste Priorität bei der Planung muss die Verfol-
- gung eines konsequenten „Do No Harm“ Ansatz-
- zes sein: Sicherheit und Schutz der Empfängerinnen
- und ihres Umfelds sein, z.B. durch die Bereitstellung
- von Laptops, VPNs und End-to-End Verschlüsselung.
3. Eine frühzeitige Anpassung und Flexibilisierung der
- bürokratischen Prozesse und Voraussetzungen für
- die Einreise und den langfristigen Aufenthalt afgha-
- nischer Studenten in Deutschland, z. B. durch die
- Anerkennung abgelaufener Pässe, Etablierung von
- intensiv-Deutschkursen (sowohl online vor und vor
- Ort nach Einreise) Zwischenprüfungen und weite-
- ren Qualifikationen.
4. Die Schaffung niedrigschwelliger und umfassender
- Ankunfts- und Integrationsangebote, wie das Ange-
- bot passender Praktika, Traineeships und Einstiegs-
- stellen mit langfristiger Anschlussperspektive so-
- wie engmaschige Betreuung beginnend direkt nach
- Ankunft.
5. Prüfung der besseren finanziellen und politischen
- Förderung bereits existierender Initiativen wie das
- Projekt des World University Service, welches von af-
- ghanischen Dozent\*innen entwickelte online-Kurse
- in Afghanistan anbieten will; nach Möglichkeit Ver-
- knüpfung mit breiterem Stipendiums- und Aufnah-
- meprogramm.
6. Das Hinwirken, dass die 5.000 durch das BMZ fi-
- nanzierte DAAD-Stipendien auch mit einer berufli-
- chen Perspektive in den Gastländern verknüpft sind
- Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis nach Erhalt des
- Abschlusses sollte garantiert sein. Die Abschlüsse
- sollten automatisch auch in Deutschland anerkannt
- werden.
7. Einsatz innerhalb der EU, ähnliche Programme für
- den gesamten Schengenraum zu entwickeln.

47 Seit dem 20.12.2022 ist Frauen in Afghanistan der Zu-  
48 gang zu Universitäten durch das Taliban-Regime unter-  
49 sagt. Tausenden Frauen wird das Menschenrecht auf Bil-  
50 dung verwehrt.

51

52 Der 20 Jahre währende Bundeswehreinsatz in Deutsch-  
53 land ist beendet – doch nicht die politische Verantwor-  
54 tung, welche die Bundesregierung und weitere am Einsatz  
55 beteiligte westliche Partner ggü. der afghanischen Bevöl-  
56 kerung tragen.

57

58 Es existiert aktuell kein strukturierter Aufnahmeprozess  
59 für afghanische Studentinnen in Deutschland. Im für be-  
60 sonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen aufge-  
61 setzten Bundesaufnahmeprogramm werden sie – nach  
62 aktuellem Stand – nicht berücksichtigt.

63

64 Im Nachgang des Taliban-Dekrets vom 20.12. haben BMZ  
65 und DAAD die Schaffung von 5.000 neuem Stipendien  
66 für geflüchtete afghanische Studentinnen und Studen-  
67 ten in Pakistan, Bangladesch und Kirgistan verkündet –  
68 dies ist ein wichtiges, unserer politischen Verantwortung  
69 ggü. den Studentinnen jedoch nicht umfassend gerecht  
70 werdendes Signal. Zahlreichen Studentinnen ist die Flucht  
71 nicht gelungen; ebenso sind zahlreiche von ihnen ggf.  
72 (noch) nicht zur Flucht bereit oder fähig. Afghanische  
73 Behörden stellen zudem seit Monaten keine Reisepässe  
74 mehr aus. Ihr Recht auf Bildung sollte dieser Umstand  
75 nicht beschneiden.

76

77 Die Bundesregierung muss sich zum Ziel setzen, afgha-  
78 nischen Studentinnen eine Bildungs-, Arbeits- und Zu-  
79 kunftsperspektive zu schaffen – auch in Deutschland.